

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

sterien diese Gelegenheit ausnützen, um, weit entfernt vom demokratischen Standpunkte, ihrem Wickelkind Reichsbund einen Gefallen erweist, weil sie wissen, daß dieser die Bestrebungen der Regierung in jeder Weise unterstützt.

Dieses traurige Spiel mit den Kriegsoffern darf nicht Wirklichkeit werden. Der Zentralverband lehnt diesen Entwurf ab und steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Ründigungsverordnung im Sinne Danusch wieder erscheinen müsse.

Auf alle Fälle lehnen die Kriegsoffern eine weitere Verschlechterung durch Ausschaltung des Besetzungsausschusses ab.

Lange Jahre treiben die Regierungen ein schändliches Spiel mit den Kriegsoffern. Die immer schwieriger werdende Lage fordert jedoch dringend Abhilfe.

Die Regierung fordern wir auf, die Verordnung, welche ihr keinen Groschen kostet, im vollen Umfange wieder herauszugeben.

Non possumus!

Im Jahre 1922 suchte unsere Regierung ihre letzte Zuflucht in Genf.

Sie sah keine andere Möglichkeit, das Staatschifflein aus der hochwogenden See in den sicheren Hafen zu retten.

Das Schifflein wurde in den Hafen gesteuert, es ward jedoch leck und konnte trotz aller Bemühungen noch nicht flott gemacht werden.

Der Rettungsversuch, der nicht voll gelungen ist, mußte teuer bezahlt werden.

Das kleine Land Oesterreich war ausgezogen durch die lange Dauer des Krieges und wurde durch den Friedensvertrag von St. Germain zur Lebensunfähigkeit verurteilt.

Durch die Trennung des großen Wirtschaftsgebietes der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in eine Anzahl von Kleinstaaten ging das Absatzgebiet für Oesterreich verloren.

Ungeheures Elend, verursacht durch Arbeitslosigkeit infolge der Industriekrise und die Wertlosigkeit der Währung, welche immer krasser wurde, kamen die Staatsfinanzen ins Wanken.

Verschiedentlich waren die Vorschläge für eine Gesundung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, doch die Aktion Genf wurde als die angenehmste, zweckentsprechendste befunden.

Und so suchte unsere Regierung Hilfe beim internationalen Kapital. Sie wurde gewährt, denn eine bessere und sicherere Kapitalanlage fanden die Geldmänner nicht.

Keine Bank, keine sonstige Institution, kein Privatmensch hätte ähnliche Zinsen bezahlt, hätte die gleiche Sicherstellung geboten und sich vollständig dem Willen der Geldgeber unterworfen als dies Oesterreich getan hat.

Unter ständiger Kontrolle des Völkerbundes stehend, mußte sich das arme Land eine Reihe von Kommissionen, Sachbeiräten, einen Generalkommissär gefallen lassen, die den neuen Beruf nie bereut haben.

Ungeheure Summen (täglich 13 Millionen für den Generalkommissär) flossen in die Taschen dieser Bevollmächtigten und trugen damit zur weiteren Verarmung bei. Willig zahlte die Regierung, sie durfte ja nicht Nein sagen. Eine neue Konsumentensteuer und das Stetiggewicht war wieder hergestellt.

Nicht so willig verhielt sich die Regierung, wenn die Bundesangestellten, die Kleinrentner, die Kriegsoffern mit Wünschen kamen

Wir können nicht! Der Völkerbund erlaubt es nicht! Das Normalbudget darf nicht überschritten werden! Das waren stets die Antworten, die den Vertretern der Angestellten, Pensionisten, Kleinrentnern und Kriegsoffern gegeben wurden.

Non possumus! war die Antwort der Regierung auf die Forderungen des Zentralverbandes. Wir können nicht, der Völkerbund erlaubt es nicht.

Der Zentralverband hat es trotz des Bekreißes von verschiedenen Seiten versucht, sich selbst zu überzeugen, wo die Schuld liegt. Die Prüfung hatte das Ergebnis, daß nicht der Völkerbund, sondern die eigene Regierung unseren Forderungen sich entgegensetzt.

Wir können nicht! ruft sie aus, denn wir haben keine Möglichkeit mehr, bei anderen Kapiteln etwas zu ersparen! Die neunte Novelle kann nicht Gesetz werden, weil wir die Mittel nicht haben.

Bei einigem guten Willen müßte die Möglichkeit bestehen, den Forderungen stattzugeben, denn auch die Kriegsoffern stehen vor einem: Wir können nicht!

Die Arbeitslosigkeit, das wirtschaftliche, soziale Elend greift immer mehr um sich und wird unerträglich.

Regierung, schaffe Abhilfe! Eine Verschleppung der neunten Novelle gefährdet Leben und Gesundheit der Kriegsoffern, ein längeres Warten ist unmöglich.

Wir können nicht!

F.

Nochmals: Unsere Zeitung.

Man sollte meinen, daß die Notwendigkeit einer eigenen Zeitung allseits anerkannt wird, um so mehr, als am Verbandstage der Beschluß gefaßt wurde, diese obligatorisch einzuführen, das heißt, jedes Mitglied zum regelmäßigen Bezuge der Zeitung zu verpflichten.

Daß dem nicht so ist, ersehen wir leider sehr häufig. Vielfach gelangen Exemplare wieder zurück, da unbestellbar. Ist nicht Interesslosigkeit schuld daran? Würde jemand, der sehnsüchtig auf sie wartet, versäumen, bei der Ortsgruppe, bei der Sektion seine Wohnungsänderung bekanntgeben? Wohl kaum!

Diese Gleichgültigkeit ist unfameradschaftlich, schwächt das Gesamtinteresse und dadurch die Schlagkraft unserer Organisation.

Wir sind redlich bemüht, die Zeitung in Bezug auf Umfang und Inhalt auszubauen, können aber nur dann auf durchgreifenden Erfolg rechnen, wenn die Mitglieder uns unterstützen.

Besonderen Wert legen wir darauf, die Mitglieder über die gesetzlichen Bestimmungen im Laufenden zu halten, wodurch dem Verbands viel Arbeit erspart, den Ortsgruppenfunktionären ihr Amt bedeutend erleichtert wird.

Unserer pazifistischen Einstellung Rechnung tragend, versäumen wir auch nicht, hin und wieder Tatsachen aus dem Kriegsleben herauszugreifen, um den Mitgliedern stets die Schrecknisse in Erinnerung zu bringen, damit sie in ihrem Willen nach Frieden nicht erlahmen, vermeiden aber, wie es die Satzungen vorschreiben, uns in Wort und Schrift an eine politische Partei auch nur anzulehnen.

Aus allen Artikeln spricht das Bekenntnis zur Republik und wir werden dieses stets hochhalten, wemgleich auch der eine oder der andere darin ein Haar in der Suppe findet und mit dieser „Lektüre“ sich nicht abfinden kann.

Der uns von den Mitgliedern gezeigte Weg wird nicht verlassen, weil er als der einzig richtige erkannt wurde.